

## Schönfärbereien

Kräftige Worte in dicken Headlines wie „Ausweg aus der Finanzmisere“, Wortschöpfungen wie „Zukunftswerkstatt“ oder neu getätigte „Strukturanalysen“ waren unter der Überschrift „Mehr Betriebe und reiche Rentner anlocken“ im Reichenhaller Tagblatt vom 12.01.05 zu lesen und sollten Vertrauen in die Politik suggerieren. Gemäß dem Motto „Schau, wir tun eine ganze Menge“.

Tabellen von der aktuellen Tourismusentwicklung und Vergleichszahlen der Bruttowertschöpfungen in der Region 18 (Fünf Landkreise) belegen quasi die ernsthaften Bemühungen in der Region für den Aufschwung Sorge zu tragen. Ist das wirklich so? Sicher ein Schritt in die richtige Richtung, doch allein das Erkennen einzelner Probleme ist noch lange nicht die Lösung. Die Erkenntnisse der Analyse sind nicht neu, vielmehr ein beredetes Zeugnis jahrelanger Ignoranz. Natürlich ist Salzburg, als Stadt mit weit über 100.000 Einwohnern, das Oberzentrum der Region. Ob an Schulen und Universitäten, Theatern, Museen oder mit einem halben Dutzend an Gewerbegebieten. Allein das Messezentrum ist sensationell, traurigerweise auch die Größe der Handelsflächen im Euro- und Airportpark.

Das Arbeits- und Bildungsangebot in der direkten Nachbarschaft findet keine Resonanz im Berchtesgadener Land. Weder in den Schulen, noch in den Arbeitsämtern noch auf anderen Behörden finden sich qualifizierte Informationen über das nahe „Ausland“ – zumindest in den letzten zehn Jahren nicht, trotz EU und Euro. Natürlich, wir leben ja auch in Bayern, und wo kämen wir da hin .... Andererseits ist auch die Liebe der Österreicher nicht so groß jeden Arbeitssuchenden willkommen zu heißen. Sie haben ihre eigene Strukturkrise im Mittelstand.

Dennoch: die Strukturanalyse der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (des Landkreises?) sieht nach guter Arbeit aus. Ansonsten ist auch von dieser Seite von einer „Förderung der Wirtschaft“ kaum etwas zu

merken oder sehen. Die Gesellschaft muss sich nicht, was in der Wirtschaft gänzlich untypisch ist, an ihrem Erfolg messen lassen. Eine Analyse ist ja auch schon eine gute Arbeit – oder? Was aber wird geraten, wenn Unternehmen auf der Suche nach neuen Standorten im nahen Salzburg bessere Konditionen oder mehr Förderung von öffentlicher Seite erfahren? „Mehr Betriebe anlocken“ klingt ja schon ganz ordentlich, doch wie bitte soll das geschehen und warum wurde es bislang versäumt? Wann wurde beispielsweise in Bad Reichenhall letztmalig ein Gewerbegebiet ausgewiesen. Welche Preise vergab die Stadt an innovative Betriebe die auf privater Basis geführt werden – also z.B. nicht die Stadtwerke? Wie viele Geschäfte haben bereits schließen müssen, stehen leer oder werden bestenfalls als Filiale betrieben? Das hat von öffentlicher Seite doch nicht wirklich jemand interessiert. Die Privaten haben halt Pech gehabt, waren untüchtig.

Ähnlich sieht die Situation im Tourismus aus und auch hier geht es seit einem Jahrzehnt nur in eine Richtung, nämlich bergab. „Zugschaut werd“, sagte mir kürzlich ein Bekannter, „und schlaue g'rad“. Und man tut, was halt alle so machen. Ein paar Prospekte drucken lassen, die EDV am Laufen halten, ein paar Messen und Aktiönchen vom Stapel lassen, einige nette PR-Artikel versenden und ansonsten den Tourismus verwalten – pardon – natürlich managen. Die nächste Gehaltszahlung kommt pünktlich auf das Konto nebst Spesen und Sozialleistungen.

Innovation durch Zusammenlegung der Tourismusverbände? Ein „alter Hut“, den andere schon seit Jahren, seit Jahrzehnten tragen! Darüber hinaus mit einem Mini-Budget ausgestattet und mit einem alten Management, das die letzten Jahre nicht vom Erfolg gekrönt war. Da bleibt möglicherweise nur der Ausweg „reiche Rentner anlocken“. Und damit hat man zumindest in Bad Reichenhall gute Erfahrungen gemacht.

*Dalesa*

## Im Focus: Reichenhall ist reich an Millionengräbern

Der Ruf nach Privatisierung ist der Offenbarungseid der Politik. Es ist die Attestierung der eigenen Unfähigkeit, ob im Staat, Land oder in Bad Reichenhall.

Denn eigentlich sollte die öffentliche Hand eher in der Lage sein, wirtschaftlich rentabel zu arbeiten. Nicht nur haben z.B. Kommunen die größeren finanziellen Spielräume als privatwirtschaftliche Unternehmen, sie haben auch die besseren Informationen. Zudem sollten die Synergieeffekte vielfältiger sein bei Städten und Gemeinden, beim Land und Staat

als bei einem Unternehmen. Und doch ist man nicht nur (aber auch) in Bad Reichenhall unfähig, die zurecht öffentlichen Aufgaben zumindest mit einer schwarzen Null zu betreiben. Dies ist besonders dann problematisch, wenn es um einen Bereich geht, bei dem es um den Schutz und den würdevollen Lebensabend von Bürgern geht. Der dauerhafte, zuverlässige und damit gleichbedeutend rentable Betrieb des Städtischen Altenheimes ist vornehme Aufgabe der Stadt!

... Fortsetzung auf Seite 2

### POLIS - Ausgelegstellen:

**Aral-Tankstelle Tippelt**,  
Lofererstraße 28-29 (Umgehungsstr.)  
**Zoo Puffer (Archiv)**  
Salinenstraße 8 (ehem. Ufo)  
**Copy & Computer Schmidt**  
Waaggasse 4, hinter dem Alten Rathaus  
**Schuhhaus Otto Walter**

Poststraße 6  
**Brotzeit Eck**  
Gewerkestraße 2

**NO LIMIT**  
Anton Winkler Str. 18  
**Schinko Edeka-Markt**  
Rosenstr. 2a, Kirchberg

**Mikado**  
Aegidipassage  
**Zum Hiasz**

Rosengasse 10  
**Näh- und Flickstube R. Sigl**  
Rosengasse 18

**Bahnhofsbuchhandlung**  
Bahnhofplatz 1

**Purzelbaum**  
Luitpoldstr. 1

**Zum Pfaffei**  
Gruttensteingasse

**Gaststätte Heimgarten**  
Am Einfang 10

**Bierstall**  
Ludwigstr. 20

**Murschhauser**  
Salinenstraße 4

**Restaurant Schießstätte**  
Loferer Str. 16

**FUCHSBAU**  
Innsbruckerstr. 19

**Poststuben**  
Poststr. 2

**Videopalast**  
Reichenbachstr. 9

**Pizzeria Jolly**  
Nonner Straße 8

**Ignition Bar (ehem. Kaitl)**  
Thumseestr. 33

**First 4 Life Financial Group**  
Liebigstr. 1

**Tausendschön**  
Unterer Lindenplatz 1

**Bäckerei Stefan Neumeier**  
Grenzlandstr. 11

**FalterKutsche**  
Traunfeldstr. 8

und alle Filialen der Bäckerei

**F. X. NEUMEIER**

in Bayerisch Gmain:

**Foto Ahl**  
Berchtesgadener Straße 34

**F. X. NEUMEIER**  
Berchtesgadener Str. 53

in Piding:

**Pidinger Copy & Computer Stadl**  
Bahnhofstr. 21

POLIS aktuell im Internet:  
**www.nachtblatt.de**

# Editorial

*Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,*

zuerst gilt Ihnen mein Dank, dass Sie auch in 2005 POLIS die Treue gehalten haben. Dank dafür, dass Sie das Erscheinen durch Anregungen, Leserbriefe, Gastartikel und Spenden weiter unterstützen.

Aufhalten wird POLIS die augenblickliche Krise leider trotzdem nicht. Die Talfahrt auch nur zu verlangsamen wäre eine hohe Selbstüberschätzung. Doch wo liegt dann das Ziel der Bemühungen und des Engagements, welches mit jeder einzelnen Ausgabe von POLIS verbunden ist?

Krisen schaffen immer auch ein Vakuum. Ein Vakuum, welches viele Risiken und Gefahren in sich birgt. Dieses Vakuum erst gar nicht entstehen zu lassen, das ist das Ziel von POLIS. Frühzeitig Alternativen aufzuzeigen, Ideen zu "säen", auf Fehlentwicklungen genauso aufmerksam zu machen wie auf Chancen, das soll auch weiterhin Grundlage von POLIS sein. Um ein Bild zu benutzen, ist es das Bemühen um Aufforstung, während andere noch fleißig mit Abholzen beschäftigt sind. Und, dies lässt sich nicht vermeiden, wird durch das Abholzen manch frisch gepflanzter Baum beschädigt, werden nicht alle Setzlinge anwachsen. Doch so wichtig auch das Aufforsten im Ideenwald einer Stadt als solches ist, so ist die Überzeugung, das Aufforstung überhaupt möglich ist, noch wichtiger. Deshalb tritt POLIS jedesmal aufs Neue den Beweis an, dass Wenige mit wenig sehr viel bewegen können. Den Beweis, dass der Satz "es geht ja eh nichts" falsch ist.

Und natürlich stimmt es nicht froh und hoffnungsvoll, wenn 2005 schlimmer beginnt, als 2004 aufgehört hat. Mit einer Stadtratsitzung, die man gleich einmal ausfallen lässt - aus Mangel an Ideen. Mit einem OB, der jenseits jeder Sensibilität sich den falschen Dienstwagen zur falschen Zeit leistet. Mit vorhersehbaren Problemen bei der Rupertus-Therme, bei der man sehr schnell die Eintrittspreise und Besucherzahlen wird nach unten und die Betriebskosten nach oben hin korrigieren müssen. Mit einem Städtischen Altenheim, welches nicht rentabel betrieben wird, trotz "Qualitätsmanagement" (siehe POLIS 21: *Neue Kleider ... - Bürokratie statt Qualitätssicherung*). Und doch ...

*Ihr Bernhard Schmidt*

## ... Fortsetzung von Seite 1

Privatisierung in diesem Bereich darf keine Alternative sein. Denn gerade in den Bereichen, in denen es um den Schutz und das würdevolle Leben von Bürgerinnen und Bürgern geht, darf das Feld nicht alleine dem Kommerz überlassen werden. Auch eine diskutierte Teilprivatisierung der rentablen Bereiche des Städtischen Altenheims zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern darf als Lösung überhaupt nicht erwogen werden. Ganz im Gegenteil muss ein langfristig tragfähige Struktur gefunden werden.

Doch davon scheint die Stadt weit entfernt. Während mit der einen Hand in die vollen gelangt und Geld ausgegeben wird, bleiben die ersten und dauerhaften Probleme ungelöst. Wie ein Kind, welches sich die Hände vor die Augen hält und glaubt, man würde es nicht mehr sehen, hoffen die Reichenhaller Stadträte anscheinend, dass die Probleme verschwinden, wenn man sie nicht ansieht. Doch

das Gegenteil wird der Fall sein. Die Stadt steuert, und das zum Nachteil nicht nur der Bewohner des Städtischen Altenheims, weiter auf den Abgrund mangelnder finanzieller Mittel zu. Mit jedem Jahr, jedem Monat, der von den Stadträten und dem Oberbürgermeister verschlafen wird, werden die Probleme ernster, größer und weniger lösbar. Kreative und schnelle Lösungen sind gefragt, und dies unter Beteiligung der Betroffenen und der Bürger. Wer im Stadtrat glaubt, nur dieser habe die Weisheit und den Weitblick, Probleme zu lösen, der solle dies doch bitte auch nur ansatzweise unter Beweis stellen. Doch davon sind der Stadtrat und die Stadt Bad Reichenhall weit, viel zu weit entfernt. Die über Jahre und Jahrzehnte entstandenen Probleme endlich einmal offen darzulegen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen wäre eine Größe, die dem Stadtrat und der Stadt nur zu wünschen ist. *Bernhard Schmidt*

## Zu viel Stadt zu wenig Info?

### Sitzungsplan 2005

11. Januar Stadtrat, 24. Januar Bauausschuss, 1. Februar Stadtrat, 21. Februar Bauausschuss, 22. Februar Finanzausschuss, 1. März Stadtrat, 4. April Bauausschuss, 5. April Stadtrat, 25. April Bauausschuss, 26. April Finanzausschuss, 3. Mai Stadtrat, 30. Mai Bauausschuss, 7. Juni Stadtrat, 27. Juni Bauausschuss, 28. Juni Finanzausschuss, 5. Juli Stadtrat, 25. Juli oder 1. August Bauausschuss (nach Bedarf), 5. September Bauausschuss, 13. September Stadtrat, 26. September Bauausschuss, 27. September Finanzausschuss, 4. Oktober Stadtrat, 24. Oktober Bauausschuss, 25. Oktober Finanzausschuss, 8. November Stadtrat, 28. November Bauausschuss, 29. November Finanzausschuss, 13. Dezember Stadtrat (Beginn 17 Uhr).

Auf der letzten Seite der *stadt.info* vom Dezember 2004 fand sich dann doch ein Hinweis auf die Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse in 2005 (siehe oben). Geradezu versteckt und ohne Angabe von Uhrzeiten und Räumlichkeiten werden dem Bürger die Termine "serviert". Ein Interesse an Transparenz und Bürgerbeteiligung kann man aus diesem Vorgehen sicher nicht ableiten. Denn dann hätte der Oberbürgermeister dafür Sorge getragen, dass statt neunkluger Hinweise auf gefrierende Wasserleitungen die Sitzungstermine an exponierter Stelle abgedruckt worden wären. Doch wo käme man hin in Bad Reichenhall, wenn die Bürger das Tun und Walten der Stadträte und des Oberbürgermeisters kontrollieren würden ...??

### Impressum:

*Unser Ziel ist nicht Recht zu behalten,  
sondern Bad Reichenhall und  
Umgebung in Bewegung  
zu setzen.*

### POLIS

Magazin für Bad Reichenhall und Umgebung  
Waaggasse 4, 83435 Bad Reichenhall  
Telefon: 08651 / 69 217  
polis@computerschmidt.de

[www.nachtblatt.de](http://www.nachtblatt.de)

Verantwortlicher Redakteur:

Bernhard Schmidt

Redaktion:

Bernhard Schmidt

Anzeigen: Bernhard Schmidt

Druck: Copy & Computer Schmidt

Auflage: 2.000

**Copy & Computer.**  
*Schmidt*

Waaggasse 4

Hinter dem Alten Rathaus

83435 Bad Reichenhall

Tel. & Fax: 08651 - 69217

[www.computerschmidt.de](http://www.computerschmidt.de)

[info@computerschmidt.de](mailto:info@computerschmidt.de)

- Fotokopien
- Farbkopien
- auch von (alten) Fotos
- vergrößern, verkleinern
- auf T-Shirts etc.
- Plankopien
- Schnelldruck
- Visitenkarten
- Laminierungen
- Fax-Service
- Internet-Terminal
- Computer und Zubehör
- Tinte u. Toner

# Zweitwohnungssteuer

Nun ist sie also da, die Zweitwohnungssteuer. „Soll sie doch zahlen, die Regierungsratswitwe, die hier auf Kosten der Stadt in der Volkshochschule Malkurse belegt und sich dann schließlich auf dem hiesigen Friedhof beerdigen lässt, der auch von der Stadt subventioniert wird.“ So ähnlich äußerte sich Rechtsanwältin Hötzingdorfer, seines Zeichens Vorstand der FWG und vehemente Befürworter der Zweitwohnungssteuer.

Tatsächlich sieht es aber doch so aus: Alle Wirtschaftsgüter, also auch Wohnungen, haben einen gewissen Wert. Dieser Wert ist in Bad Reichenhall bis zum äußersten ausgereicht gewesen. Doch inzwischen sinken die Mieten und Immobilienpreise, wie sicherlich auch in der FWG bekannt sein dürfte, nachdem ihr Schriftführer Gastager stolz berichtete, er habe seine Geschäftsraummiete um 25 % senken können.

Jeder, der sich hier eine Immobilie zulegt oder eine Wohnung mietet, wird, wenn er sie als zweiten Wohnsitz nutzt, prüfen, ob der Gesamtpreis stimmt. Ein Immobilieninteressent wird also nicht nur den Kaufpreis im Auge haben, sondern gleich die Zweitwohnungssteuer für ein paar Jahrzehnte dazu rechnen und sich fragen, ob das angemessen ist. Wahrscheinlich nicht. So werden also die Immobilienpreise weiter sinken.

Da die Mieten in Bad Reichenhall zu den höchsten in Bayern zählen, wird für viele die Schmerzgrenze überschritten sein, wenn nun noch die Zweitwohnungssteuer hinzukommt. Korrekterweise müsste nun die Miete genau um diese Steuer gesenkt werden, denn die Mieten sind ja gerade deshalb so hoch, weil in Bad Reichenhall vieles geboten wird, was die Kurgäste ja über die Kurtaxe extra bezahlen müssen. Der Vermieter kassiert also eine hohe

Miete im Hinblick auf Leistungen, welche von der Allgemeinheit bezahlt werden. Wenn diese Leistungen nun über die Zweitwohnungssteuer mitfinanziert werden sollen, so muss das zu Lasten des Vermieters gehen, denn der Mieter zahlt ja aus seiner Sicht gesehen bereits für alles über die extrem hohe Miete

Wir haben jetzt schon bei den Zweitwohnungen einen Trend, der bei den Urlaubsreisen offenkundiger ist: Immer mehr Menschen buchen Fernreisen, statt die Ferien im eigenen Land zu verbringen. Auch Alterswohnsitze und Ferienwohnungen entstehen immer häufiger im Ausland: in der Toskana, auf Mallorca, den Kanaren usw. Allein in Kapstadt sind über 100.000 Deutsche registriert. So werden sicher bald auch in der noch wenig verbauten Türkei mehr und mehr Siedlungen mit alten Deutschen entstehen, die dort ihren Lebensabend verbringen, betreut von deutschen Ärzten und Anwälten, wie wir es schon auf den Kanaren beobachten können. Eine solche Investition verspricht gerade auch deshalb einen hohen Gewinn, weil die Türkei mit ziemlicher Sicherheit einmal EU-Mitglied sein wird – mit der Folge, dass dort nun die Grundstückspreise im Gegensatz zu Reichenhall gewaltig steigen werden..

Um nicht missverstanden zu werden: Uns ist natürlich bekannt, dass nicht nur die FWG für die Zweitwohnungssteuer war und dass auch andere Orte sie eingeführt haben. Wir wollten nur klarstellen, wer diese neue Belastung letztlich zu tragen haben wird, weil den Leuten in dieser Hinsicht Sand in die Augen gestreut wird.

Hier noch zwei Aspekte: Positiv für junge Familien wird sein, dass das Mietniveau um

die Zweitwohnungssteuer fallen wird; entsprechendes gilt für die Immobilienpreise. Die negativen Auswirkungen werden Vermieter, Makler, Baufirmen und auch alle Geschäftsleute tragen müssen, denn klar ist, dass nun weniger Zweitwohnsitze gegründet werden. Und die schönen Häuser in Bad Reichenhall werden wegen der fallenden Mieten nicht mehr laufend so schmuck renoviert werden können, wie sie derzeit noch viele Besucher erfreuen.

Die Steuer kommt also jetzt zu einem Zeitpunkt, wo es am ungünstigsten für die ohnehin schwache Konjunktur ist. Verwerflich an der Einführung dieser Steuer ist die Tatsache, dass sie sehr kurzfristig im Zuge einer Art von Notstandsgesetzgebung erfolgte. Viele Zweitwohnungsbesitzer, die ja auch meistens die hiesige Presse nicht lesen, haben keine Ahnung von dieser Neuerung und werden erst in einiger Zeit eine üble Überraschung in Form eines Steuerbescheids erleben. Daher werden sie erst mit der Zeit reagieren können, so dass sich tatsächlich zunächst der Scheinerfolg einer gewaltigen Geldquelle ergeben könnte.

Abschließend noch ein Tipp von POLIS: Wenn Sie eine Zweitwohnung langfristig gemietet haben und diese ganz aufgeben oder gegen eine billigere eintauschen wollen, können Sie unter Umständen binnen 3 Monaten vorzeitig kündigen. Orientieren Sie sich unter [www.wohn.de](http://www.wohn.de).

Die dort dargestellte Rechtslage wird aber bald überholt sein, denn die kurze Kündigungsfrist von drei Monaten soll demnächst gleichermaßen für alte und neue Verträge gelten.

(HP)

## Presse-schau:

Heute: Ruhr-Nachrichten, Dortmund, 13.01.05

Das Problem ist auch im Süden und auch in Bad Reichenhall und dem Berchtesgadener Land bestens bekannt. Immer mehr Einkaufsfläche auf der "grünen Wiese" lässt die Innenstädte veröden.

Lösungen sind gefragt. Und diese finden sich sicher nicht im Bau weiterer Verkaufsflächen auf dieser Seite der Grenze. Die Antwort auf das Treiben auf österreichischer Seite muss eher in die Richtung des im Ruhrgebiet gegründeten Bündnisses gehen. Unter Beteiligung aller Betroffenen. Um den Innenstädte wieder eine Attraktivität zu verleihen, die mit modernen Einzelhandelszentren konkurrieren kann.

## Lernen vom schwarzen Schaf

Wie ein neues Bündnis im Ruhrgebiet die Innenstädte wiederbeleben will

MÜLHEIM/RUHR • Fünf Kommunen, die Landesregierung und drei Handelsriesen haben sich zu einem bundesweit einmaligen Bündnis zusammengeschlossen, um die Verödung der Innenstädte im mittleren und östlichen Ruhrgebiet zu bekämpfen. Die hohe Quote leer stehender Ladenlokale soll gesenkt werden.

Zum Auftakt des auf zwei Jahre angelegten Projektes „Standort Innenstadt – Raum für Ideen“ gestern in Mülheim beschlossen.

Landeswirtschaftsminister Harald Schartau und NRW-Bauminister Michael Vesper die Wichtigkeit der Innenstädte. „Lebensqualität hängt an attraktiven Zentren, gerade für NRW als den führenden Handelsstandort in Europa“, sagte Schartau.

Vesper zeigte sich angesichts der geplanten Erweiterung

der Verkaufsflächen von landesweit rund 900 000 Quadratmetern in den kommenden Jahren sehr skeptisch. „Wir haben bereits mit rechnerisch 1,4 Quadratmetern pro Einwohner die meisten Flächen in Europa. Wie soll eine weitere Vergrößerung funktionieren?“, fragte der Minister. Eine Antwort gab es nicht.

Prof. Erich Greipl (Metro AG) stieß ins selbe Horn. „Seit 1990 sind die Flächen im Einzelhandel um 48 Prozent gewachsen, die realen Umsätze aber stagniert. Wir brauchen nicht mehr Verkaufsfläche, sondern eine neue Innenstadtszenierung der Innenstädte“, betonte er. Das sahen die Bauräte und -dezernenten der beteiligten Städte Essen, Oberhausen, Mülheim, Gelsenkirchen und Bochum ähnlich.

Peter Klunck, Vertreter der Stadt Oberhausen, hat es tag-



tlich vor der Nase: Das Einkaufszentrum Centro. Den Nachbarstädten ist es wegen seines Erfolgs ein Dorn im Auge, denn es zieht Kaufkraft aus den Nachbarstädten ab. Und doch könne man von den Einkaufszentren lernen, gab Klunck zu bedenken. „Wir brauchen für die Innenstädte Manager, die so rigide arbeiten wie ein Center-Manager“, forderte er – und meinte einheitliche Werbeaufträge, einheitliche Öffnungszeiten, einen uneinheitlichen Warenmix.

Das Signal, das von der Auftaktveranstaltung ausgehen sollte: Endlich arbeiten alle Akteure der Innenstädte

zusammen, kommunalen, ministerialen oder unternehmerischen Grenzen zum Trotz. Da machte es dann auch nichts, dass der Vorstandsvorsitzende der Kaufhof Warenhaus AG, Lovro Mandac (linkes Foto), als Chef der gebestelten Karstadt AG vorgestellt wurde. Mandac entglimmte die Gesichtszüge ein wenig, der wirkliche Karstadt-Chef Helmut Merkel (rechtes Foto) schien kurz erleichtert.

Was blieb, war die Hoffnung auf zukünftige Impulse durch das Projekt. Und die Erkenntnis von Erich Greipl: „Das Thema Innenstadt ist viel zu wichtig, als es nur der Politik zu überlassen.“ Vesper lächelte gequält.

• Philipp Ostrop

Das Projekt will Konzepte, die zur Wiederbelebung der jeweiligen Innenstädte der beteiligten Kommunen entwickelt werden, anschließend auf andere Städte übertragen. Die Planungsbüros Inode (Münster), Junker und Kruse sowie Frauns (beide Dortmund) begleiten die Initiative.

# Haus der Jugend

## JU hält weitere Verbesserungen am "Haus der Jugend" für notwendig

(Auszug aus einer Pressemitteilung der JU Bad Reichenhall)

... Der Ortsvorsitzender Stefan Wieneke unterstrich, dass die JU sich weitere Verbesserungen am Haus der Jugend wünsche. Nach Ansicht der politischen Nachwuchsorganisation der CSU müsse dies aber vor allem durch das Engagement der Eltern geschehen.

Es gebe einige Vorfälle, bei denen Kinder Angst hätten, wenn sie das Haus der Jugend betreten. Mit diesem Argument stieg der neu gewählte Ortsvorsitzende der Jungen Union Bad Reichenhall, Stefan Wieneke, in seine Rede ein und bekräftigte damit die Bestrebungen des Ortsvorstandes die momentane Situation im Haus der Jugend zu verbessern. "Unserer Meinung nach sollte das Haus der Jugend ein Ort sein, an dem sich Kinder und Jugendliche friedlich miteinander austauschen und gemeinsame Freizeitaktivitäten durchführen können", so Wieneke. Oftmals sei dies aber nicht der Fall. "Unruhestifter sollten im Haus der Jugend künftig keinen Platz mehr haben dürfen!", fuhr der Ortsvorsitzende der jungen CSU fort. Die JU

sei der Auffassung, dass dieses Problem keine Angelegenheit der Politik ist, sondern vielmehr eines der Eltern der Jugendlichen, die durch negatives Verhalten auffallen. Diese betroffenen Eltern sollten ihren Erziehungspflichten stärker nachkommen und mehr auf das Verhalten ihrer Heranwachsenden achten.

Es könne nicht schaden, wenn Elternteile regelmäßig das Haus der Jugend betreten würden, um dort nach dem Treiben ihrer Kinder zu sehen. Dieses Vorgehen würde nach Auffassung der Jungpolitiker das Klima am bedeutendsten Jungtreff der Kurstadt erheblich verbessern ...

## Leserbrief zum Thema:

Seit zwei Jahren nimmt mein zehnjähriger Sohn im "Haus der Jugend" in Bad Reichenhall am dort angebotenen Musikunterricht bei Herrn Reuber teil.

Mehrere Kinder und Jugendliche erleben zusammen Musik, erlernen unentgeltlich die angebotenen Musikinstrumente und geben in selbst entworfenen Texten und Melodien ihren alltäglichen Stimmungen und Problemen Ausdruck.

Unter der Leitung von Herrn Reuber begleiteten die Musikgruppen die Weihnachtsfeier im "Haus der Jugend", die herzlich und mit bescheidenen Mitteln abgehalten wurde.

Mit Unverständnis und Erstaunen lasen einige Eltern daher den Artikel der "Jungen Union" im "Reichenhaller Tagblatt" (siehe oben).

Keines der Kinder sah sich, nach Befragung durch die Eltern, während seines Aufenthaltes im "Haus der Jugend" gefährdet, weder durch verbale Attacken noch durch Androhung körperlicher Gewalt.

Übrigens sind gerade die Aktivitäten des Jugendhauses wie z.B. Tisch-Tennis-Turniere, Musizieren, Kickerturniere, Treffs für auswärtige Veranstaltungen das adäquate Mittel, um Unruhestiftern, die es in

Reichenhall zur Genüge gibt, in Gruppen einzubinden und Verantwortung übernehmen zu lassen.

Der JU-Ortsvorsitzende, Herr Wiencke, schreibt, man sei bestrebt, die Situation des Jugendhauses zu verbessern.

Das ist lobenswert und sollte mit Bildung einer eigenen Meinung vor Ort beginnen.

Wichtig wäre es, die Vielschichtigkeit der Jugendlichen und deren unterschiedliche Bedürfnisse, Bildung, evtl. kulturellen Unterschiede zu erkennen und zu akzeptieren. Das ist der Schlüssel für aktive Förderung durch die Einbindung z.B. in den Veranstaltungskalender der Stadt und natürlich für die vernünftige Ausstattung des "Haus der Jugend".

Zudem ist es meiner Meinung nach notwendig und sinnvoll "Unruhestiftern" einen Platz zu geben und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Energie und Fähigkeiten mit Anleitung durch geschultes Personal an sozialverträgliches Tun und Handeln anzupassen. Verschließen von Türen und Ausgrenzung löst keine Probleme, sondern verlagert sie nur.

*D. Sigmund, Bayerisch Gmain*

### Abonnement-Service

Überweisen Sie für die Zustellung von **24 Ausgaben POLIS** (gilt nur für das Inland)

**Euro 18,-** auf das

**Konto 182 49 61 bei der Volksbank-Raiffeisenbank BGL, BLZ 710 900 00**

und schreiben Sie als

Verwendungszweck Ihre Adresse auf die Überweisung.

## Nachgedacht ...

### Ergebnisse einer fiktiven Stadtratssitzung

#### TOP 1: Transparenz und Bürgerbeteiligung

- Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat beschlossen, dass zur nächsten Bürgerversammlung vorab ein gedruckter Rechenschaftsbericht an alle Haushalte verschickt wird. Dieser ist dann Grundlage der Bürgerversammlung und lässt Raum für Diskussionen mit und Fragen von den Bürgern.

- Der Stadtrat hat beschlossen, die *stadt.info* regelmäßig monatlich erscheinen zu lassen. In der Neugestaltung der *stadt.info* soll Gemeinden, Vereinen und Bürgern ein breiter Raum für Informationen und kritische Betrachtungen eingeräumt werden. Gleichzeitig wird die Stadt umfassend über Ergebnisse von Sitzungen und geplante Projekte berichten.

- Der Stadtrat hat beschlossen, im Herbst 2005 einen Bürgertag abzuhalten. An diesem soll die Situation der Stadt an Projekten vor-

gestellt und Möglichkeiten diskutiert werden. Am Beispiel von Nürtingen wird sich Bad Reichenhall auf den Weg zur "Bürgernahen Kommune" machen.

#### TOP 2: Städtisches Altenheim

Der Stadtrat hat aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation des städtischen Altenheims beschlossen, einen Beirat aus Bewohnern, Mitarbeitern und fachkundigen Bürgern zu bilden. Dieser soll Informationen über erfolgreiche Projekte aus anderen Städten sammeln und ein zukunftsfähiges Konzept entwickeln und sich an dessen Umsetzung beteiligen.

#### TOP 3: Eislauf- und Schwimmhalle

Aufgrund der vielseitigen Probleme mit der Eislauf- und Schwimmhalle hat der Stadtrat beschlossen, die Bürger über die Ergebnisse eines vorliegenden Gutachtens zu informieren und eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten zu bilden.

...

## Kommentar

Die erste Stadtratssitzung des neuen Jahres am 11. Januar fiel aus ... wegen Mangels an Tagesordnungspunkten!

Diese Gelegenheit nutzend, berichtet POLIS diesmal nicht über "Ergebnisse" sondern gibt Anregungen für die Zukunft.

Viel wäre noch zu nennen, viele Probleme noch anzuschneiden, Lösungen zu suchen.

Doch die Damen und Herren Stadträte und der Oberbürgermeister sehen diese Probleme anscheinend nicht ... oder wollen sie nicht sehen. Der Volksmund jedoch sagt, dass der, der heute den Kopf in den Sand steckt, morgen mit den Zähnen knirscht.

Dabei gäbe es viel zu tun in Bad Reichenhall. Und ohne Sorge kann hier behauptet werden, dass noch leicht zehn weitere Tagesordnungspunkte zu nennen wären, die einer dringenden Behandlung bedürft hätten. Doch Fehlanzeige auf der ganzen Linie, bei allen Fraktionen, bei der Stadt und dem OB.

*Bernhard Schmidt*

# Wie steht es um die Alpenstadt 2001?

Eine kritische Nachbetrachtung zum Bericht im RT v. 13.1.2005, "Marzoller Au für die Nachwelt geschützt"

Das muß festgehalten werden: nicht durch Antrag der Stadt, sondern auf Grund einer Vorschlagsliste der Kreisgruppe BGL des Bundes Naturschutz im August 2000 an das Landratsamt, wurden u.a. die Marzoller Au und der Standortübungsplatz "Kirchholz" als FFH Flächen ausgewiesen. Dazu die Vorgeschichte: Bayern hatte 1996 bei der ersten Erhebung der EU für den Biotopverbund "Natura 2000" nur etwa 1,8% der Landesfläche gemeldet, obwohl rd. 55 der 250 Lebensraumtypen hier vorhanden sind. Brüssel drohte darauf Deutschland mit hohen Bußgeldern. Bayern mußte deshalb etwa 7% meist staatseigener Flächen, nachmelden. Die Stadt hat dabei im Rahmen des sogenannten "Dialog"-Verfahrens beim Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz "... ein paar Anregungen eingebracht, die alle berücksichtigt wurden." Die Anregungen betrafen aber lediglich die Kläranlage, Versorgungseinrichtungen, das Wegesystem, jedoch keine den Naturschutz betreffende Belange. Die Stadt kann sich also den mit Verschlechterungsverbot belegten Schutz nicht eigener Initiative zuschreiben. Die Stadt wurde 2001 zur "Alpenstadt des Jahres" erwählt. Wie sie die Verpflichtungen nach der "Alpenkonvention" und als Mitglied des Netzwerkes "Allianz in den Alpen" erfüllt hat, einige Beispiele:

1. Im Durchführungprotokoll der Konvention zum "Verkehr" verpflichten sich die acht

Alpenländer und die fünfundzwanzig Mitgliedskommunen der Allianz, u.a. eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene zu fördern. Die Stadtverwaltung verfolgte dagegen weiter unbeirrt die naturzerstörende, enorme Kosten verursachende und bereits heute überholte Planung eines "Kirchholz"- und "Stadtberg"-Tunnels für Kraftfahrzeuge.

2. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat für das Jahr 2005 die Roßkastanie, auch wegen ihrer vielfältigen ökologischen Wirkungen für das Stadtklima, als Baum des Jahres vorgeschlagen. Reichenhall dagegen will bei der Fortführung der kostenrächtigen Fußgängerzone sieben alte Kastanienbäume in der Kurstraße fällen lassen.

3. Da stadteigene Flächen für einen geplanten 9 Lochgolfplatz bei Marzoll nicht ausreichen, hat die Stadt beim Landratsamt BGL beantragt, ca. 9,6 ha aus dem seit 1971 bestehenden Landschaftsschutzgebiet "Auf dem Tumpen u. dem Krumbichl" herauszunehmen. Die privaten Betreiber des Projekts haben bereits ihr Desinteresse an der Weiterführung angezeigt. Fachbehörden haben schwerwiegende Bedenken gegen die Planung der Stadt vorgebracht. Bei der Erörterung zum Bürgerbegehren in der Stadtratsitzung vom Dezember 2004 schlug ich vor, auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten durch den Bürgerentscheid, die Planung einzustellen. Diesem Vorschlag ent-

gegnete der Oberbürgermeister: "Die Stadt besteht darauf; sie verfolgt ein ehrgeiziges Ziel!"

Der Stadtrat hatte 1997 die von einem Öko Audit überarbeitenden Umweltziele und das Umweltprogramm einstimmig gebilligt. Das mit Vorschlägen beauftragte Alpeninstitut Garmisch Partenkirchen hatte dabei in der Liste der schützenswerten Bereiche im Stadtgebiet ausdrücklich u.a. das Kirchholz, die Marzoller Au und das Landschaftsschutzgebiet bei Marzoll aufgenommen. Es wundert mich nicht, dass bei den Abstimmungen zu den unter 1.-3. genannten Sachverhalten die Kollegen der FWG den Vorschlägen der Verwaltung und "Ihres O.B." fast vorbehaltlos zustimmten. Es erstaunt mich aber, daß sich die Stadträte der CSU, der Partei mit der absoluten Mehrheit, nicht mehr an die Beschlußlage von 1997 erinnern. Ich habe eigentlich - wenn auch vergeblich - erwartet, daß trotz des vielzitierten Fraktionszwanges der eine oder andere Kollege mit der "Opposition" gestimmt hätten. Wenn nicht aus Sympathie, so doch aus Gründen der Verbundenheit mit erhaltenswerter Heimat und lebenswerter Umwelt könnte man ein solches Verhalten nach dem Wahlslogan dieser Partei "Näher am Menschen" eigentlich erwarten.

Bruno Rettelbach  
(Stadtrat u. Umweltreferent)

## Frische Luft

Eine Redewendung macht uns etwas deutlich, was man leider in Bad Reichenhall nicht so recht wahrhaben will: „...so notwendig wie die Luft zum Atmen ist nichts im Leben!“ Nun wird mancher finden, das ist eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht lange zu reden brauche. Sicherlich – aber es kommt doch sehr darauf an, welche Art von Luft wir so ständig einatmen. Besonders wichtig ist dies in Bad Reichenhall, wo ja viele Lungenkranke Heilung suchen.

Offenbar hat man vor diesem Problem – wie bei anderen auch – den Kopf in den Sand gesteckt. Erst eine Zeitung aus dem hohen Norden musste uns sagen, wie es um unsere Luft bestellt ist.

Auch POLIS hat sich diesem Problem schon vor längerer Zeit gewidmet: zunächst ironisch mit einem Gedicht:

*Die Luftwerte sind abgesackt,  
Seit Seitz die Bäume abgehackt.  
Die Lungenkranken müssen röcheln,  
Sogar die Hunde hört man hecheln.  
Nun schicken uns die Krankenkassen  
Wieder Leut' in rauen Massen,  
Denn wenn die Luft mit Gift gewürzt,  
Wird manches Leiden abgekürzt.  
Und Ulla Schmidt die Lippen leckt:  
Ein völlig neuer Spareffekt.*

Dann hat POLIS als Beispiel in einem Artikel auf München hingewiesen, wo sich jeder Bürger im Stachus-Üntergeschoss von den aktuellen Luftwerten überzeugen kann. Auch in Österreich wird ständig gemessen mit dem Erfolg, dass sich die Bürger gegen die

Luftbelastung mit Autobahnblockaden und anderen Aktionen wehren. Diese Demonstrationen blieben nicht ohne Wirkung: Das Nachfahrverbot in Österreich wurde erheblich ausgeweitet. Typisch für Bayern ist, dass Minister Wiesheu dagegen energischen Protest einlegte, statt sich die Regelung des Nachbarlandes zum Vorbild zu nehmen. Auch die LKW-Fahrer wären sehr für ein Nachfahrverbot, denn die Fahrerei bei Nacht geht auf die Gesundheit und ist sehr unfallträchtig. Warum fahren denn überhaupt die LKW in der Nacht? Zum einen soll sich die hohe Investition, die ein solches Fahrzeug erfordert, schneller amortisieren. Zum anderen haben die großen Firmen aus Kostengründen ihre teuren Lager abgebaut und ihren Betrieb auf ein „Just-in-time-System“ umgestellt, das heißt: die Materialien, die in einem Werk am Tag benötigt werden, müssen pünktlich bei Arbeitsbeginn auf dem Firmengelände eintreffen, also nachts herangefahren werden. Wir sehen deutlich: Immer mehr diktiert der Gewinn den Arbeitsrhythmus und nicht der Mensch. Nachfahrten von LKW sind in der Regel nicht zwingend notwendig. Man kann also mit der Ausweitung von Nachfahrverboten etwas mehr Menschlichkeit in das Arbeitsleben bringen, gleichzeitig die Nachtruhe der Anwohner gewährleisten und schließlich noch die Luftbelastung reduzieren.

Wenn POLIS gefordert hat, auch in Bad Reichenhall ständig die Luftwerte zu kontrollieren, weil wir in dieser Kurstadt ganz beson-

ders auf saubere Luft angewiesen sind, so ist das leider ohne Echo geblieben: Geschehen ist nichts.

Nun tritt mit Beginn des Jahres 2005 die Verordnung 1999/30 EG in Kraft, obwohl der Bundesrat bis zur letzten Minute versucht hat, diese Regelung zu Fall zu bringen. Die neuen Bestimmungen beschränken ab sofort die Menge der Feinststäube, die insbesondere von Dieselmotoren stammen, auf ein Mindestmaß; in 5 Jahren wird die Regelung auch auf das Stickoxid erstreckt. Und was in Deutschland undenkbar wäre, bringt Europa fertig: Auch der Bürger hat ein Klagerecht auf reine Luft.

Wir fragen nun nochmals, wie schon vor längerer Zeit: Was tun Stadt und Landkreis für die Einhaltung der Luftwerte, also für die Durchsetzung einer bestehenden Gesetzeslage? Wird nun endlich gemessen? Oder müssen wir erst auf einen EU-Mess-Wagen warten oder gar auf eine Strafe?

Die Untätigkeit der zuständigen Behörden ist auch aus einem anderen Grund gefährlich: Es wird sicher bald in allen Luftungen Übersichten über den Zustand der Luft geben. So wie vor der Urlaubssaison eine Karte veröffentlicht wird, aus der die Reinheit der Gewässer ersichtlich ist, wird dies sicher bald auch für die Luft gemacht werden. Stellen wir uns einmal vor, welche Konsequenzen es hätte, wenn für Bad Reichenhall ein Wert veröffentlicht würde, der sich zufällig an einem ungünstigen Tag mit ausgeprägter Inversionswetterlage und starken Verkehrsstauungen ergeben würde, an dem noch dazu alle Heizungen auf Hochtouren laufen. (PP)

# ... die "letzte" Seite heute: Finanzen in Bad Reichenhall

Haushaltssatzung der Stadt Bad Reichenhall, Landkreis Berchtesgadener Land, für das Haushaltsjahr 2005

Auf Grund Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Stadt folgende Haushaltssatzung:

1. Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 wird hiermit festgesetzt; er schließt im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 30.311.700,-€

und im

Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit ab. 6.784.800,-€

2. Der Wirtschaftsplan des Altenheimes für das Haushaltsjahr 2005 wird festgesetzt;

er schließt im

Erfolgsplan in den Erträgen mit 4.399.000,-€

und in den Aufwendungen mit 4.856.000,-€

und im

Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit ab. 88.700,-€

## § 2

1. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Stadt sind nicht vorgesehen
2. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Stadtwerke sind nicht vorgesehen.
3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Altenheimes sind nicht vorgesehen.

## § 3

1. Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.
2. Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan der Stadtwerke werden nicht festgesetzt.
3. Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan des Altenheimes werden nicht festgesetzt.

## § 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- |                         |   |          |
|-------------------------|---|----------|
| 1. <u>Grundsteuer</u>   | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 350 v.H. |
|                         | b) für die Grundstücke (B)                              | 370 v.H. |
| 2. <u>Gewerbesteuer</u> |   | 350 v.H. |

## § 5

1. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf festgesetzt. 4.500.000,-€
2. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistungen von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke wird auf festgesetzt. 500.000,-€
4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Altenheimes wird auf festgesetzt. 1.250.000,-€

## § 6

Weitere Vorschriften, die sich auf die Einnahmen und Ausgaben und den Stellenplan beziehen werden nicht aufgenommen.

## § 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2005 in Kraft.

Bad Reichenhall, 21. Dezember 2004  
Stadt Bad Reichenhall

Heilmeyer, Oberbürgermeister

*Ein deutliches Defizit weist das städtische Altenheim schon jetzt für 2005 aus. Wird es bei dieser Summe bleiben??*

*Wirtschaftliche Unfähigkeit ist schlimm genug, doch wenn sie zu Lasten der Sicherheit gerade der alten Menschen geht, ist sie geradezu verwerflich.*

*Privatisierung kann und darf hier nicht die Lösung sein. Zum einen wäre sie die Erklärung der Unfähigkeit, als Stadt wirtschaftlich zu handeln. Zum anderen ließe sie die Bewohner in unververtretbare Unsicherheit fallen.*

*Private Betreiber müssen Gewinne erzielen, eine Stadt dagegen "nur" eine schwarze Null. Dies sollte auch bei einem Erhalt oder gar Steigerung der Qualität möglich sein.*

*Nur Kassenkredite in beträchtlicher Höhe sichern die Liquidität der Stadt. Kredite kosten Geld, welches der Stadt sowieso fehlt. Doch der OB kauft sich ein neues Auto, und dazu noch eines mit Stern.*

*Wo das Geld fehlt, die Ausgaben zu bestreiten, Straßen zu sanieren oder andere Projekte zu finanzieren, ist dies das falsche Signal an den Bürger.*

*Ein deutliches Plus bei den Stadtwerken in 2003 - finanziert durch die Bürger dieser Stadt. Ob davon dann wieder einmal eine Tiefgarage für Busse gebaut wird, oder ein protziges Verwaltungsgebäude? Oder fließt dieses Geld vielleicht einmal in die Stadt zum Nutzen der Bürger?*

Bek. Nr. 4

## Stadt Bad Reichenhall

### Jahresabschluss 2003 der Stadtwerke Bad Reichenhall

Der Stadtrat Bad Reichenhall hat in der Sitzung vom 14. Dezember 2004 folgendes beschlossen:

1. Der Jahresabschluss 2003 der Stadtwerke wird gemäß § 25 Abs. 3 EBV i.V. mit Artikel 102 Abs. 3 GO festgestellt.
2. Der Jahresgewinn 2003 in Höhe von 517 200,82 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.